

Wo hat sich das Endwort versteckt? – Auf der Suche nach dem Unlösbaren in der deutschen Amtssprache

Kriege, Katastrophen, Pandemien, Seuchen bedeuteten schon immer, dass der Mensch, anstatt Probleme für sich zu erfinden und das Leben zu verkomplizieren sich in seinem Handeln auf die Grundwerte seiner irdischen Existenz besann. Diese dramatischen Ereignisse und Phänomene, die untrennbar mit der Geschichte der Menschheit verbunden sind, schienen den Geist zu „reinen“ und das Denken wieder auf die Spur der Grundbedürfnisse und der grundlegenden, meist positiven Gefühle zu bringen. Die Corona-Pandemie ist solch ein Wendepunkt. Die alten Sorgen bleiben jedoch bestehen – darunter auch die Frage nach der politischen Korrektheit im Sprachgebrauch der deutschen Gesellschaft. In diesem Kontext werden im Beitrag die Leitfaden für „Mitarbeitende der Berliner Verwaltung zum diversitysensiblen Sprachgebrauch“ untersucht und analysiert, die im September 2020 vom Berliner Senat veröffentlicht wurden. Die in diesem Dokument verankerte sprachlich korrekte Neuorientierung soll der Berliner Verwaltung auf dem Weg zur gerechten Behandlung aller Bürger helfen. Die deutsche Sprache scheint allerdings in ihrer grammatikalischen Struktur ein Garten voller Fallen zu sein. Gegen die neuen Bestimmungen erheben sich in der Gesellschaft kritische Stimmen – nicht gegen den Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter selbst, sondern gegen die politischen Vorschläge im Sprachgebrauch, die der Grenze des Absurden immer näher zu kommen scheinen. In diesem Zusammenhang wird in diesem Beitrag versucht darzustellen, welche Schwierigkeiten und sprachliche Zweifel sich aus den neuen Verordnungen zum Sprachgebrauch in den Berliner Behörden und Ämtern ergeben. Es werden alte und neue Ausdrucksweisen miteinander verglichen und die sich daraus ergebenden Deutungsprobleme besprochen. Im Weiteren wird auf diverse sprachliche Mittel der zu korrigierenden Ausdrucksform eingegangen und es werden dafür Beispiele angeführt. Wahrscheinlich wird man das Endwort, das niemanden mehr verletzt und alle in der Gesellschaft gleichstellt, nie finden können. Der Kampf um die soziale und gesellschaftliche Gleichstellung darf in diesen unruhigen Zeiten allerdings nicht aufgegeben werden.

Schlüsselwörter: diversitysensibler Sprachgebrauch, Amtssprache, politische Korrektheit

Where has the end word been hiding? – In Search of the Unsolvable in the German Official Language

Wars, catastrophes, pandemics, epidemics have always meant that man, instead of inventing problems for himself and complicating life, turned in his actions to the basic values of his earthly existence. These dramatic events and phenomena, which are inseparable from human history, seemed to “cleanse” the mind and bring thinking back on track with basic needs and fundamental, mostly positive feelings. The covid pandemic is such a turning point. However, the old concerns remain – including the question of political correctness in the use of language in German society. In this context, the article examines and analyses the guidelines for “Employees of the Berlin Administration on Diversity-Sensitive Language Use” published by the Berlin Senate in September 2020. The linguistically correct reorientation anchored in this document is intended to help the Berlin administration on its way to treating all citizens fairly. However, the German language seems to be a garden of traps in its grammatical structure. Critical voices are rising in society against the new regulations – not against the struggle for gender equality itself, but against the political proposals in language use, which seem to be getting closer and closer to

the border of the absurd. In this context, this article attempts to present which difficulties and linguistic doubts arise from the new regulations on language use in Berlin's authorities and offices. Old and new expressions are compared and the resulting problems of interpretation are discussed. Furthermore, various linguistic means of the form of expression to be corrected are discussed and examples are given. It will probably never be possible to find the final word that no longer hurts anyone and makes everyone in society equal. However, the struggle for social and societal equality must not be abandoned in these troubled times.

Keywords: Diversity-sensitive language use, official language, political correctness

Author: Małgorzata Derecka, University of Warmia and Mazury in Olsztyn, ul. Kurta Obiżza 1, 10-725 Olsztyn, Poland, e-mail: malgorzata.derecka@uwm.edu.pl

Received: 3.11.2021

Accepted: 21.12.2021

1. Einleitung

*Ein bloßes Austauschen von Wörtern führt nicht weit.
(US-Soziologe und Bürgerrechtler W. E. B. Du Bois).*

Die politische Korrektheit (Political Correctness – PC) ist bereits seit längerer Zeit in aller Munde. Laut einer der einfachsten Definitionen ist sie „Ausdruck für ein Bewusstsein von der Sprachlichkeit von Diskriminierung. Es ist ein Terminus, der respektvollen diskriminierungsfreien Sprachgebrauch bezeichnet“ und „eine soziale Konvention, von großen Teilen der Gesellschaft anerkannt, von einigen nicht. Ein obligatorisches und geltendes sprachliches Regelwerk im engeren Sinn ist sie nicht“ (Kämper 2020: 56–57). Nach immer gerechteren Benennungen sucht man in beinahe allen Lebensbereichen. Dafür wird in öffentlichen Diskussionen, auf der politischen Arena, unter den Sprachforschern und auch in Privatgesprächen gesorgt. Zu Wort melden sich verschiedene Gesellschaftsgruppen. Abwertende oder ausschließende Bezeichnungen sollen durch angemessene (Selbst-)Bezeichnungen ersetzt werden. In gewissen Zeitabständen werden abwertende Begriffe gegen neue, politisch korrektere Wörter ausgetauscht. Beruht jedoch der politisch korrekte Sprachgebrauch darauf, immer ein Wort gegen ein anderes auszuwechseln, das in der baldigen Zukunft wieder einmal zu einem negativ schattierten Ausdruck wird? Kann man auf diese Art und Weise in der Zukunft eine in keiner Weise diskriminierende Sprache schaffen? Vielleicht liegt die Antwort auf eine so gestellte Frage in der Unterscheidung von zwei Begriffen: politische Korrektheit und politische Sprachkritik?

Politisch korrekt sprechen bedeutet nach Anastasopoulos „sprachlich eine diskriminierungs- und gewaltfreie Wirklichkeit schaffen“ (2013: 57), die Missachtung der politischen Korrektheit „Vergehen gegen Verbindlichkeiten in der Sprache, die [...] unabhängig von der individuellen Zustimmung gelten und mit denen Schutz vor Verletzungen von Herkunft, Konfession, Körper, Geschlecht und Gesundheit verbunden ist“ (2013: 62). Bedeutet aber die Notwendigkeit, eine diskriminierungs- und gewaltfreie

Wirklichkeit zu schaffen, politisches Muss, moralisches Diktat oder ein oberstes Gebot, so wird die PC von vielen eher als Redeverbot aufgefasst – man darf nicht mehr sagen, was man vielleicht doch denkt! Muss, Diktat, Gebot – hier gibt es keinen Platz für entsprechend abgewogene Schlüsse über das falsche Handeln und seine Folgen. Politische Korrektheit hat nichts Schlimmes an sich, denn es ist nichts Falsches daran, dass man bestrebt ist mit Prägung neuer und nicht-verletzender Begriffe das Denken und Handeln der Menschen zu steuern. Diese sprachmagische Vorstellung hatten u. a. Wolff (1967) und Weisgerber (1968), die annahmen, dass es die Sprache ist, die die Welt und die Gedanken des Menschen formt. Die Sprache ist jedoch das Produkt von dem, wie der Mensch sie verwendet. Und so ist es ohne Umdenken eben nicht möglich, mit neuen Begrifflichkeiten ein endgültiges Gewehr gegen Diskriminierung zu schaffen. Es scheint also sinnvoll zu sein, sich dem Problem zuzuwenden. Denn welchen Sinn hat es, neue Ausdrücke zu verwenden, wenn man die Sprachpraxis nicht verändert? Nach Mühlebach heißt es: „Wer [...] politische Sprachkritik befürwortet und sie sich zu eigen macht, redet kaum von politischer Korrektheit, sondern von einer verstärkten Aufmerksamkeit dafür, was wir mit unseren Wörtern tun“¹. Wenn man nicht bereit oder imstande ist, die Wirkung des eigenen Wortschatzes zu reflektieren, was in der gegenwärtigen Pendel-Gesellschaft oft der Fall ist, kann man die sprachliche soziale Diskriminierung nicht verhindern. Die vorgeprägten Schlag- und Schlüsselwörter bedürfen einer sprachkritischen Reflexion und Abgrenzung von allen übrigen Sprachverwendern, nur so kann die Sprache kritischwertend betrachtet werden (vgl. Mell 2015: 439). Die Linguistik und die Sprachforscher können mentale Wirkungen und Handlungsformen bestimmter Sprachäußerungen zu deuten versuchen. Linguisten sind jedoch keine Propheten, die voraussehen können, was man mit den neuen, z. B. von den Politikern vorgeschlagenen Ausdrucksweisen erreicht werden kann. Nach Wengeler und Jung (1999: 152) heißt es: „So etwas wie eine Wortwirkungsforschung mit Voraussagequalitäten gibt es nicht und kann es nicht geben. Mit Hilfe der Linguistik lassen sich keine Sprachhoroskope stellen. Bestenfalls können einzelne Forscherinnen und Forscher auf der Basis kommunikationstheoretischer Annahmen über mögliche Folgen eines bestimmten öffentlichen Sprachgebrauchs spekulieren. Das ist dann aber auch als individuelle Vermutung zu kennzeichnen und keine wissenschaftlich abgesicherte Aussage“. So kann von einer erfolgreichen politischen Korrektheit nicht die Rede sein, bevor sie nicht einer tiefgründigen und reflektierenden Sprachkritik unterzogen wird. „Die Wirksamkeit sprachlicher Zeichen ist ein diffiziler Prozess, in dem das gesamte Spektrum von sozialen, psychischen und situativen Faktoren und Bedingungen mitwirkt“ (Steinmüller 1978: 9). Nur wenn man die Sprache als Ausdruck verantwortungsethischen Denkens gebraucht und an die Folgen der damit beschaffenen Wirklichkeit denkt, kann in der von ungleichen Machtverhältnissen geprägten Welt eine Kommunikationsplattform geschaffen werden, wo der Respekt gegenüber

¹ Vgl. <https://www.unibas.ch/de/Aktuell/Uni-Nova/Uni-Nova-130/Uni-Nova-130-Essay.html>
/ Zugriff am 10.9.2021.

gewissen sozialen Identitäten, die als solche in der Gesellschaft nicht akzeptiert werden, durch sprachliche Neu-Formulierungen seine wortwörtliche Bedeutung erkennen lassen. „Verstehen wir politische Sprachkritik als Einladung, uns auf die Sichtweisen von Menschen einzulassen, die eine andere Position im Sozialgefüge einnehmen als wir selbst, so lernen wir alle mehr darüber, was unsere Wörter eigentlich tun. Wenn wir aber nur auf unsere eigenen Absichten achten, bleibt uns die Bedeutung vieler unserer Sprachhandlungen verborgen“ (Steinmüller 1978: 9). Inwieweit sind sich die deutschen Politiker der Konstruktion der Sprachsysteme bewusst, wenn sie ihre Vorschläge zur politisch korrekten Ausdrucksweise einbringen? Berücksichtigen sie dabei sowohl die direkte Einwirkung (Befehle, Anordnungen, Erlasse, Verbot) als auch die indirekte Einwirkung (Wertungen, Einstellungen, Vorurteile), damit politisch korrekt gesprochen und infolgedessen auch korrekt gehandelt wird? Gegen sprachliche Gewalt, die sich in Beleidigungen, abwertenden Ausdrücken und diskriminierenden Äußerungen offenbart, muss strikt vorgegangen werden. Allerdings darf man nicht vergessen, dass sich diese anfangs hinter scheinbar ungefährlichen Formulierungen verstecken. Wie Kämper (2020: 63) betont: „Sprachliche Gewalt beginnt nicht erst bei aggressiven Facebook- und Twitterposts mit frauen- und fremdenfeindlichen oder antisemitischen verbalen Ausfällen. Sie beginnt nicht erst mit dem sprachlich ausgedrückten Furor einer auf Dauer gestellten Empörungsbereitschaft in sozialen Medien und nicht erst bei Hate Speech im Internet. Sondern: Jegliche Verstöße gegen Sprachtabus sind sprachliche Gewalt“. Zweifelsohne ist die sprachliche Gewaltlosigkeit schon eine Art Instanz, die ihre sprachlichen Vorschläge da einbringen soll, wo gegen Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzipien verstoßen wird. Kann dies aber mit dem vom Berliner Senat beschlossenen und im Grunde genommen eine Art internen Zwang darstellenden Diversity-Landesprogramm zur Förderung des kompetenten Umgangs der Verwaltung mit Vielfalt geschehen? Kann mit der neuen Sprache der Berliner Verwaltung das ins Visier genommene Ziel des diskriminierungsfreien Sprachgebrauchs tatsächlich erreicht werden, oder wird es dadurch eher verfehlt?

2. Diversity-Landesprogramm für die Berliner Verwaltung – Zielsetzung

Steinmüller (1978: 11) definiert die Aufgabe der Politiker im Kampf für den gerechten Sprachgebrauch folgendermaßen: „Keine Regierung, die sich selbst als demokratisch versteht, wird den offenen Versuch machen, den Sprachgebrauch der Bürger direkt zu reglementieren. Es ist aber eine Selbstverständlichkeit, dass im Bereich der Verwaltung und der nachgeordneten Behörden und Ämter auf die Beachtung und Verwendung einer bestimmten Terminologie und bestimmter Formulierungen gedrungen wird“. Und genau nach dem Motto handelt der Berliner Senat, der am 8.9.2020 das Diversity-Landesprogramm zur Förderung des kompetenten Umgangs der Verwaltung mit Vielfalt beschloss. Mit der Broschüre „Leitfaden für Mitarbeitende der Berliner Verwaltung zum diversitätsensiblen Sprachgebrauch“, die ein wichtiger Bestandteil

des gesamten Programms ist, sollen Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst im Geiste der politischen Korrektheit neu erzogen werden. Justizsenator Dirk Behrendt (Grünen), der die Aufgabe der sprachlich korrekten Neuorientierung übernahm, will innerhalb von drei Jahren mit den neuen sprachlichen Regelungen das Bewusstsein ändern. Im ersten Kapitel des Programms heißt es: „Dem Senat ist es ein zentrales Anliegen, mit dem Diversity-Landesprogramm Aktivitäten für Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Extremismus in der Berliner Verwaltung zu stärken. Die Berliner Verwaltung trägt mit dazu bei, dass unsere Stadt für Menschen in all ihren Unterschiedlichkeiten und Gemeinsamkeiten lebenswert bleibt, dass Menschen sich respektiert, gehört und geschützt fühlen“². Obwohl man im ganzen Text kein Wort von Zwang, Verbot, Anordnung findet, kann man den Eindruck gewinnen, es handelt sich um ein Dokument, dem man sich als Mitarbeiter der Berliner Verwaltung nicht widersetzen darf. Kritische Stimmen in der Öffentlichkeit werden laut, wie z. B. die von Gunnar Schupelius, einem deutschen Journalisten und Sachbuchautor: „Wir sind auf dem Weg in den Erziehungsstaat. Eine Clique von Politikern sorgt dafür, dass wir glauben, was sie für richtig halten, und uns so verhalten, wie es ihrer politischen Ideologie entspricht“³. Die Sprach-Leitfaden scheinen bei vielen politischen Fraktionen in der Kritik zu stehen. Dafür ein paar Beispiele⁴:

„[...] das Ziel, dass die Verwaltung an sich arbeite, um Menschen nicht zu diskriminieren, sei vollkommen richtig. «Die Frage ist nur, ist der Leitfaden hilfreich? Wir meinen nein»“ (Vorsitzende des Fachausschusses Diversity der Berliner FDP, Maren Jasper-Winter).

„Man gewinnt den Eindruck, dass er doch sehr von oben herab formuliert ist und sich im schlimmsten Fall mancher, der das liest, gegängelt fühlt oder andere den Leitfaden einfach abheften und die Sache für erledigt erklären“ (Jasper-Winter, FDP).

„Diese Sprach-Diktatur von Grünen-Senator Dirk Behrendt ist eine subtile Einschränkung der Denk- und Meinungsfreiheit“ (Sven Rissmann, rechtspolitischer Sprecher der Berliner CDU-Fraktion).

Die Absicht an sich ist eigentlich lobenswert, die sprachliche Realisierung lässt allerdings einiges zu wünschen übrig. Wenn man all die sprachlichen Ausdrucks-vorschläge des Diversity-Landesprogramms im Sinne der Onomasiologie, die als Bezeichnungswandel oder als Lehre vom Bezeichnungswandel zu verstehen ist, auswerten würde, wäre die diachron wie auch die synchron zu untersuchende und zu interpretierende Lehre des Wortschatzes einer Sprache ein aus dem linguistischen Blickwinkel

² Vgl. <https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/diversity/diversity-landesprogramm/>, Zugriff am 15.8.2021.

³ Vgl. <https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/darf-der-senat-seinen-mitarbeitern-eine-neue-sprache-diktieren>, Zugriff am 16.8.2021.

⁴ Vgl. <https://www.welt.de/regionales/berlin/article216488208/Justizverwaltung-wegen-Sprach-Leitfaden-in-der-Kritik.html>, Zugriff am 15.8.2021.

synonymisches Bezeichnungsspiel im Kampf um eine besser geeignete Benennung in Hinblick auf Gleichstellung und Gerechtigkeit. Mit der neuen Terminologie hat man nach Vasileva (2019: 386) „die Wahl zwischen vielfältigen Ausdrucksmöglichkeit. Besonders im Bereich Politik und Medien ist die Bezeichnungswahl von großer Bedeutung, weil die Bezeichnungen eng mit politischer Korrektheit und Toleranz verbunden sind“. Das Diversity-Landesprogramm bietet den Verwaltungs-Mitarbeitenden allerdings statt vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten aufgezwungene Formulierungen. Berücksichtigt werden dabei folgende Themenbereiche⁵.

- Ethnische Herkunft / Hautfarbe

alte Ausdrucksweise	neue Ausdrucksweise
<i>Asylantin, Asylant</i>	<i>Asylsuchende, Schutzberechtigte</i>
<i>Ausländerin, Ausländer</i>	<i>Einwohnende ohne deutsche Staatsbürgerschaft</i>
<i>ausländische Mitbürgerin, Mitbürger</i>	<i>ausländische Bürgerin, Bürger</i>
<i>Eingewanderte</i>	<i>Eingewanderte und ihre Nachkommen</i>
<i>Flüchtling</i>	<i>Geflüchtete, Schutzsuchende, geschützte Personen</i>
<i>illegale Migrantin, illegaler Migrant</i>	<i>irreguläre Einreise / undokumentierte Migrantinnen und Migranten</i>
<i>Menschen mit Migrationshintergrund</i>	<i>Menschen mit Migrationsgeschichte / Menschen mit internationaler Geschichte</i>
<i>Roma und Sinti</i>	<i>Roma-Gruppen / Angehörigen der Roma-Minderheiten / Menschen mit Roma-Hintergrund</i>
<i>Farbige/Dunkelhäutige</i>	<i>Schwarze Deutsche / Schwarze</i>
<i>Wirtschafts-/Arbeitsmigranten</i>	<i>Arbeitseinwanderung</i>

- Religion und Weltanschauung

alte Ausdrucksweise	neue Ausdrucksweise
<i>Kopftuchträgerin, Kopftuchmädchen</i>	<i>Muslima, Mädchen</i>
<i>Jude (als Schimpfwort)</i>	<i>Jude (als sachliche Bezeichnung)</i>

- Geschlecht und Geschlechtsidentität

alte Ausdrucksweise	neue Ausdrucksweise
<i>Geschlechtsumwandlung</i>	<i>Geschlechtsangleichung</i>
<i>... fühlt sich als Junge.</i>	<i>... ist ein Junge.</i>
<i>... war früher ein Mann</i>	<i>... wurde bei der Geburt männlich eingeordnet / lebte früher als Mann</i>

⁵ Vgl. <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/Recht/vorgang/r18-0250-v.pdf>, Zugriff am 20.7.2021.

- Behinderung

alte Ausdrucksweise	neue Ausdrucksweise
<i>normale oder gesunde Menschen</i>	<i>behinderte oder nichtbehinderte Menschen</i>
<i>an den Rollstuhl gefesselt sein</i>	<i>Person XY sitzt, benutzt oder fährt</i>
<i>Person XY leidet an...</i>	<i>Person XY hat die Behinderung...</i>
<i>trotz ihrer/seiner Behinderung</i>	<i>mit ihrer/seiner Behinderung</i>
<i>geistige Behinderung</i>	<i>Mensch mit Lernschwierigkeiten</i>

Will ein psychisch und körperlich kerngesunder Mensch als „nichtbehindert“ bezeichnet werden? Bezieht sich geistige Behinderung nur auf Probleme mit dem Lernen?

- Sexuelle Orientierung

alte Ausdrucksweise	neue Ausdrucksweise
<i>Anne ist bekennend lesbisch.</i>	<i>Annes Lebensgefährtin...</i>
<i>Schwulenparade</i>	<i>CSD-Parade</i>
<i>schwul, lesbisch (als Schimpfwort)</i>	<i>schwul, lesbisch (als sachliche Bezeichnung)</i>

- Alter (keine konkreten Beispiele angeführt)

Die angeführten Beispiele werden in Anlage 2 des Diversity-Landesprogramms mit entsprechenden Erläuterungen versehen, die auf den Hintergrund der vorgeschlagenen Änderung hinweisen sollen. Überdies wird man bei jedem Begriffsthema auf das Online-Glossar der neuen deutschen Medienmacher*innen (im weiteren Textverlauf als NdM bezeichnet) verlinkt, das schnelle Hilfestellung auch im Verwaltungskontext bietet. Hier ein kurzer Einblick in das Glossar zum Thema WIR UND DIE ANDEREN.

früher	Deutungsproblem	vorgeschlagen
<i>Afrodeutsche</i>	Längst nicht alle, die sich so bezeichnen, haben familiäre Bezüge zu Afrika.	<i>schwarze Menschen in Deutschland</i>
<i>Ausländer</i>	Der Begriff bezeichnet Einwohner*innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Als Synonym für Einwanderer ist er dagegen falsch, da die meisten Migranten und ihre Nachkommen keine Ausländer*innen mehr sind, sondern Deutsche.	<i>Allochthone / Menschen aus Einwandererfamilien / Einwanderer und ihre Nachkommen / Menschen mit internationaler Geschichte</i>

früher	Deutungsproblem	vorgeschlagen
<i>ausländischer Mitbürger</i>	Bei »Mit-Bürger*in« findet ein unnötiges »Othering« statt, d.h. ein*e Mitbürger*in ist damit scheinbar anders als ein*e Bürger*in.	<i>ausländische*r Bürger*in / Divers-kulturelle / Bürger mit oder ohne Einwanderungsbiographie / neue Deutsche</i>
<i>autochthone Deutsche</i>	Autochthon (aus dem Griechischen) – als kaum bekanntes Fremdwort hat es wenig Aussicht, sich durchzusetzen.	<i>Herkunftsdeutsche/Standarddeutsche</i>
<i>Bindestrich-Deutsche</i>	Eingewanderte Menschen seien keine »echten« Deutschen.	<i>Menschen mit internationaler Geschichte</i>
<i>Deutsch-Russen, Russisch- bzw. Kasachisch-stämmige</i>	Ihre Vorfahren sind deutsche Siedler*innen, deshalb können sie eine Statusdeutscheneigenschaft bekommen und werden damit deutschen Staatsangehörigen formal gleichgestellt.	<i>Russlanddeutsche</i>
<i>Bio(graphie)deutsche</i>	In dem Begriff schwingt die Vorstellung von Genetik mit. Die Deutung als Kürzel für Biografisch-Deutsche ist inzwischen verloren gegangen.	<i>Herkunftsdeutsche/Standarddeutsche</i>

Im Falle vieler im Diversity-Landesprogramm vorgeschlagener Neuformulierungen hat man aus dem Blickwinkel des Sprachforschers eher keine Bedenken. In einigen Fällen jedoch hat man schon Zweifel, ob die empfohlenen Begriffe klar verständlich sind. Einige davon sollen hier kurz besprochen werden.

Beispiel 1

<i>normale oder gesunde Menschen</i>	<i>behinderte oder nichtbehinderte Menschen</i>
--------------------------------------	---

Will ein psychisch und körperlich kerngesunder Mensch als *nichtbehindert* bezeichnet werden? *Person XY hat die Behinderung...* und *behinderte Menschen* soll politisch korrekt sein, *gesunder Mensch* dann aber falsch – wahrscheinlich aber nur dem behinderten Menschen gegenüber. Müssen sich psychisch und körperlich gesunde Menschen deswegen rechtfertigen, weil sie psychisch und körperlich gesund sind und demzufolge ihr gesundes Leben hinter politisch korrekten Benennungen verstecken müssen?

Beispiel 2

<i>geistige Behinderung</i>	<i>Mensch mit Lernschwierigkeiten</i>
-----------------------------	---------------------------------------

In der Medizin unterscheidet man verschiedene Stufen der Behinderung. Dabei kann es sich um eine körperliche wie auch um eine psychische Behinderung handeln.

Kann der Vorschlag für eine gerechtere Bezeichnung eins zu eins verstanden werden? Bezieht sich *geistige Behinderung* tatsächlich nur auf *Probleme mit dem Lernen*?

Beispiel 3

<i>schwul, lesbisch</i> (als Schimpfwort)	<i>schwul, lesbisch</i> (als sachliche Bezeichnung)
---	---

oder

<i>Jude</i> (als Schimpfwort)	<i>Jude</i> (als sachliche Bezeichnung)
-------------------------------	---

Woran kann man erkennen, ob ein Wort als Schimpfwort oder als sachliche Bezeichnung verwendet wird? An Betonung, Intonation, Akzent? Ist die Interpretation der Aussage von dem situativen Kontext abhängig? Für Ausreden bleibt viel Spielraum! Auch die möglichen Vorwürfe wegen der verbalen Diskriminierung können in diesem Fall nur schwer bewiesen werden.

Beispiel 4

<i>schwarz fahren</i>	<i>Fahren ohne gültigen Fahrschein</i>
-----------------------	--

oder

<i>anschwärzen</i>	<i>nachsagen/melden/denunzieren</i>
--------------------	-------------------------------------

oder

<i>Farbige/Dunkelhäutige</i>	<i>Schwarze Deutsche / Schwarze</i> (aber nicht <i>schwarze Deutsche</i>)
------------------------------	--

Wie ersichtlich hat man hier auch ein kleines Problem mit dem Wort *schwarz*.

negativ	positiv
<i>schwure Deutsche</i>	<i>Schwarze Deutsche</i>
<i>schwarzfahren</i>	<i>Fahren ohne gültigen Fahrschein</i>
<i>anschwärzen</i>	<i>denunzieren</i>

Das Wort *schwarz* wurde aus der Alltags-Wortschatzliste nicht ganz gestrichen. *Schwarz* und *schwarz* macht aber anscheinend einen riesigen Unterschied. Und welchen Unterschied es zwischen *Schwarze Deutsche* und *schwarze Deutsche* gibt, erläutert das NdM-Glossar:

„In Deutschland leben mehrere hunderttausend Schwarze Deutsche. Dabei handelt es sich nicht um die Beschreibung einer Hautfarbe, sondern um eine politische Selbstbezeichnung. Begriffe wie *Farbige* oder *Dunkelhäutige* lehnen viele ab. Die Initiative »der braune mob e.V.« schreibt: Es geht nicht um biologische Eigenschaften, sondern

gesellschaftspolitische Zugehörigkeiten. Um das deutlich zu machen, plädieren sie und andere dafür Schwarz groß zu schreiben⁶.

In den Worten *schwarzfahren* und *anschwärzen* ist plötzlich das Wort *schwarz* unerwünscht und soll durch *Fahren ohne gültigen Fahrschein* und *denunzieren* ersetzt werden. So würden vielleicht viele fragen: Und was ist mit *schwarzsehen*, *schwarz-hören*, *schwarzarbeiten*, *schwarzgehen*, *schwarzschlachten*, *schwarzäugig*, *schwarz-bärtig*, *Schwarzhandel*, *Schwarzrock*, *Schwarzsauer*, *Schwarzmalerei*, *Schwarzsender*? Geschweige denn mit den Eigennamen: *Schwarzwald*, *Schwarzwurz*, *Schwarzpappel*, *Schwarzmeerniedergang*, *Schwarzkümmel*, *Schwarzkiefer*? Warum heißt *Hellseher* nicht *Schwarzseher*, obwohl der *Hellseher* unsere Zukunft meistens schwarz sieht? Und müsste man das Wort *Schwarzseher* umbenennen? Z. B. eine Person, die aufgrund der nicht bezahlten Gebühr unberechtigt fernsieht? Die Spirale der politisch korrekten Begriffe wird langsam bis an die Grenze ihrer Erneuerungsmöglichkeiten aufgezogen.

Beispiel 5

<i>Anne ist bekennd lesbisch.</i>	<i>Annes Lebensgefährtin...</i>
-----------------------------------	---------------------------------

*Lebensgefährte*⁷ bedeutet:

- 1) männliche Person, die eine andere Person auf ihrem Lebensweg begleitet, ihr Lebensschicksal mit ihr teilt: *Ihr Mann war ihr ein treuer Lebensgefährte.*
- 2) männliche Person, die mit einer anderen Person in eheähnlicher Verbindung zusammenlebt: *Sie stellte ihn als ihren Lebensgefährten vor.*

*Lebensgefährtin*⁸ bedeutet:

- 1) weibliche Person, die eine andere Person auf ihrem Lebensweg begleitet, ihr Lebensschicksal mit ihr teilt: *eine treue, langjährige Lebensgefährtin.*
- 2) weibliche Person, die mit einer anderen Person in eheähnlicher Verbindung zusammenlebt: *Seit Kurzem hat er eine neue Lebensgefährtin.*

In all den Definitionen geht es um das Verhältnis: er – sie. Warum hat man dann das Wort *lesbisch* zu *Lebensgefährtin* umgebildet? *Lesbisch* weist auf die sexuelle Orientierung hin und *Lebensgefährtin* auf die weibliche Person, die eine andere Person im Leben begleitet. Und wenn in einer klassischen Ehe (Mann – Frau) die Partner aus unterschiedlichen Gründen nur Partner und keine sexuellen Partner sind? Aus der linguistischen Perspektive scheint der Begriff nicht eindeutig zu sein.

Abgesehen davon, wie kritisch man den neuen Begrifflichkeiten des Diversity-Landesprogramms gegenüber steht, können die Erneuerungsstrategien der Sprache wie immer begeistern.

⁶ Vgl. <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/Recht/vorgang/r18-0250-v.pdf>, Zugriff am 20.7.2021.

⁷ Vgl. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Lebensgefaherte>, Zugriff am 20.8.2021.

⁸ Vgl. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Lebensgefahertin>, Zugriff am 20.8.2021.

Sprachliche Mittel der zu korrigierenden Ausdrucksform:

1) Synonyme mit mehr „positiver Bedeutung“:

- *Autochthone Deutsche* → *Biodeutsche/Herkunftsdeutsche*,
- *Geschlechtsumwandlung* → *Geschlechtsangleichung*;

2) Bindestrich-Wörter:

- *Deutsch-Russen** → *Russlanddeutsche*,
- *Copyright-Deutsche*,
- *Standard-Deutsche*;

3) *mit* oder *ohne*:

- *Deutsche mit/ohne Migrationshintergrund*,
- *Einwohnende ohne deutsche Staatsbürgerschaft*,
- *Menschen mit internationaler Geschichte*,
- *Fahren ohne gültigen Fahrschein*;

4) definierende Wörter:

- *Rasse* (Rassismus) → *Ideologien der Ungleichwertigkeit*;

5) Neubildungen:

- *Bundesrepublikaner*,
- *Diverskulturelle*;

6) Antonyme:

- *Einheimisch* ↔ *Mehrheimisch*;

7) Wörter mit Attribut:

- *fremdländische Migranten*,
- *ausländische Mitbürger**;

8) zusammengesetzte Nomen:

- *Afrodeutsche* (SB – Selbstbezeichnung);

9) Wörter mit Präfixen:

- *Einheimisch* – *Mehrheimisch*,
- *Einwanderer* – *Zuwanderer*;

10) Kurzformen/Abkürzungen:

- *PoC* – *People of Colour / Person of Colour*,
- *BPoC* – *Black and People of Colour*,
- *BIPoC* – *Black and Indigenous People of Colour*.

Die Sprache ist ein unvollendetes Werk. Die einen Begriffe werden veralten und verschwinden mit der Zeit sowohl aus unserem Alltag als auch aus den Lexika – die anderen werden auf den verschiedensten Wegen in unseren Wortschatz „eingeladen“. Es gibt aber auch eine besondere Gruppe von Formulierungen, die evaluieren, inhaltlich korrigiert und verbessert werden. Und kein Ende dieses Prozesses scheint in Sicht zu sein. Und so entsteht die Frage: Gibt es überhaupt das Endwort für solche Ausdrücke? Ist das *N-Wort* für schwarze Personen tatsächlich das Endwort? Nach Mühlebach heißt es: „Das *N-Wort* für schwarze Personen verliert seine stark abwertende Kraft zum Beispiel nicht, wenn die Sprecherin sagt, sie hätte es nicht beleidigend

gemeint, und auch dann nicht, wenn sich der Adressat nicht verletzt fühlt. Die von diesem Wort ausgehende Abwertung entstammt in erster Linie sozialen Verhältnissen, in denen Schwarze strukturell als minderwertig gegenüber Weißen behandelt werden⁹. So müsste man zuerst daran denken, die sozialen Verhältnisse zu ändern. Solange dies nicht geschieht, werden Worte im öffentlichen Leben zu Stolpersteinen, was das Beispiel der Kanzlerkandidatin (Grünen) Annalena Baerbock deutlich zeigt. Die Parteikollegin des Justizsenators Dirk Behrendt spricht in einem Interview über Rassismus in Schulbüchern und statt *N-Wort* verwendet sie das Wort *N***r*. Den Fehler versucht sie dann zu rechtfertigen, indem sie dazu schreibt: „Leider habe ich in der Aufzeichnung des Interviews in der emotionalen Beschreibung dieses unsäglichen Vorfalls das N-Wort zitiert und damit selbst reproduziert. Das war falsch, und das tut mir leid“ (zitiert nach: Bild Hamburg und der Norden vom 26. Juli 2021). Irgendwann wird man in den neuen sprachlichen Begriffen einen falschen Unterton finden. Was heute gelobt wird, dafür wird man sich in Zukunft entschuldigen müssen.

3. Resümee

„Wer sucht, der findet“ lautet ein bekanntes Sprichwort. Das Problem besteht darin, dass nicht immer das, was gefunden wurde, zufriedenstellend ist. So scheint es mit den Neuformulierungen zu sein. Dass man aber danach sucht, wird mit der Notwendigkeit untermauert, dass alle Menschen gleich und gerecht behandelt werden sollten. Jedoch muss sich jeder vor allem selbst definieren können. Die Identität jedes Einzelnen kann durch die Sprache (mit)konstituiert werden, oder aber sich selbst im Sprachlichen zeigen (vgl. Thim-Mabrey 2003: 2). Wie sich die von der ungleichen und ungerechten Behandlung betroffenen Bürger fühlen, wie sie in der Gesellschaft wahrgenommen werden, hängt von diversen Innen- und Außenfaktoren ab. Auf jeden Fall ist es utopisch daran zu glauben, dass man allen gerecht werden kann. Das Endwort bleibt verborgen, die Suche nach ihm wird aber immer inspirieren und zu neuen Vorschlägen im Sprachgebrauch und neuen Forschungen anspornen.

Primärliteratur

- Diversity-Landesprogramm. Maßnahmen – Leitfaden – Leitbild. 08.09.2020. <https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/diversity/diversity-landesprogramm/>. 15.06.2021.
- Vorlage – zur Kenntnisnahme. 11.9.2020. <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/Recht/vorgang/r18-0250-v.pdf>. 15.6.2021.
- NdM-Glossar. Wörterverzeichnis der Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) mit Formulierungshilfen, Erläuterungen und alternativen Begriffen für die Berichterstattung in der →* Einwanderungsgesellschaft. <https://glossar.neuemedienmacher.de/>. 20.7.2021.

⁹ Vgl. <https://www.unibas.ch/de/Aktuell/Uni-Nova/Uni-Nova-130/Uni-Nova-130-Essay.html>, Zugriff am 13.8.2021.

Sekundärliteratur

- ANASTASOPOULOS, Charis. „Korrekte Sprache“. *Sprache und Sprechen im Kontext von Migration. Worüber man sprechen kann und worüber man (nicht) sprechen soll*. Hrsg. Hans-Joachim Roth, Henrike Tenhardt und Charis Anastasopoulos. Wiesbaden, 2013, 61–82. Print.
- JUNG, Matthias, WENGELER, Martin. „Wörter – Argumente – Diskurse. Was die Öffentlichkeit bewegt und was die Linguistik dazu sagen kann“. *Sprache – Sprachwissenschaft – Öffentlichkeit*. Hrsg. Gerhard Stickel. Berlin/New York: De Gruyter, 1999, 143–171. Print.
- KÄMPER, Heidrun. „Sprachliche Gewalt und Political Correctness. Warum es vernünftig ist, dass Sprachgebrauch ethischen Regeln folgt“. *Jahrbuch für Pädagogik*. Vol. 2018. Berlin: Peter Lang, 2020, 55–68. Print.
- MELL, Ruth Maria. „Das Wort in der Sprachkritik“. *Handbuch Wort und Wortschatz*. Hrsg. Ekkehard Felder und Andreas Gardt. Band 3. Berlin/Boston: De Gruyter, 2015, 439–463. Print.
- PIIRAINEN, Elisabeth. „Phraseologie, politische Korrektheit und Sprachkritik“. *Diskursive Verfestigungen. Schnittstellen zwischen Morphosyntax, Phraseologie und Pragmatik im Deutschen und im Sprachvergleich*. Hrsg. Laurent Gautier, Pierre-Yves Modicom und Hélène Vinckel-Roisin. Band 7. Berlin/Boston: De Gruyter, 2018, 173–186. Print.
- STEINMÜLLER, Ulrich. „Sprachveränderung – politisch motiviert. Ein Beitrag zur Begriffsklärung im Bereich der Theorien sprachlichen Wandels und zu einigen Aspekten der Sprachlenkung“. *Linguistische Arbeiten und Berichte Berlin*, Heft 10, 1978, 1–47. Print.
- THIM-MABREY, Christiane. „Sprachidentität durch Sprache. Ein Problemaufriss aus sprachwissenschaftlicher Sicht“. *Sprachidentität – Identität durch Sprache*. Hrsg. Nina Janich und Christiane Thim-Mabrey. Tübingen: Gunter Narr Verlag, 2003, 1–18. Print.
- VASILEVA, Ekaterina. „Asylbewerber, Asylsuchende oder Asylanten? Die Bezeichnungswahl im Migrationsdiskurs: eine onomasiologische Studie“. *Linguistische Treffen in Wrocław* 15, 2019 (I): 385–391. Print.

Internetquellen

- https://www.berlin.de/sen/frauen/_assets/flyer_geschlechtergerechte_sprache.pdf. 10.9.2021.
- <https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/darf-der-senat-seinen-mitarbeitern-eine-neue-sprache-diktieren>. 10.9.2021.
- <https://www.duden.de>. 10.9.2021.
- <https://www.unibas.ch/de/Aktuell/Uni-Nova/Uni-Nova-130/Uni-Nova-130-Essay.html>. 10.9.2021.
- <https://www.welt.de/regionales/berlin/article216488208/Justizverwaltung-wegen-Sprach-Leitfaden-in-der-Kritik.html>. 10.9.2021.

ZITIERNACHWEIS:

- DERECKA, Małgorzata. „Wo hat sich das Endwort versteckt? – Auf der Suche nach dem Unlösbaren in der deutschen Amtssprache“, *Linguistische Treffen in Wrocław* 21, 2022 (I): 75–87. DOI: <https://doi.org/10.23817/lingtreff.21-4>.